

länder klagen über verbreitete Unhöflichkeit vieler Chinesen, und Chinesen, die aus dem Ausland in die Heimat zurückkehren, sind teilweise schockiert über das schlechte Benehmen. Die Erziehung zu zivilisierten Umgangsformen ist daher für die Partei ein ernstes Anliegen. Zweitens befürchtet die Partei eine Beschädigung ihres eigenen Ansehens und damit einen Legitimitätsverlust. Denn vielfach sind es die eigenen Kader, die korrupt und nur auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Insofern liegt (und lag schon immer) die Moralerziehung der Parteikader im ureigensten Interesse der Partei. (Vgl. dazu RMRB, GMRB, 19.9.03; RMRB, 20.9.03; XNA, 19. u. 20.9.03.) -st-

17 Versicherung für „Autofahren unter Alkoholeinfluss“

Kontroverse Diskussionen unter chinesischen Versicherungsgesellschaften und in der Öffentlichkeit hat eine neue Versicherungspolice der Tian'an Insurance Company (Nanjing) ausgelöst, die vor einiger Zeit dem Markt vorgestellt wurde. Die Versicherungsaufsichtskommission (China Insurance Regulatory Commission – CIRC) hat diese Versicherung nun befürwortet. Die Versicherung für „Autofahren unter Alkoholeinfluss“ (*jiuhou jiachezian*) gewährt dem Versicherungsnehmer Schutz, wenn dieser betrunken Auto fährt und dabei Dritten einen Schaden zufügt. Die Versicherung übernimmt eine Schadenssumme bis zu einer Höhe von 250.000 RMB Yuan (ca. 30.120 US\$).

Die Meinungen reichen von Verständnis für diese Art von Versicherung, da etwa im Alltag Alkoholenuss zum guten Ton bei Geschäftsessen gehöre, über Missbilligung und Enttäuschung, da nun maßlos getrunken und (gefährdender) Auto gefahren werden dürfe und könne, bis hin zur Feststellung, dass sich diese Versicherung nur der Realität stelle und Geschädigten nütze sowie ihre Interessen vertrete. Außerdem sei keine Erhöhung der Unfälle zu erwarten, die in Zusammenhang mit Alkohol am Steuer stehen, da der „betrunkene“ Fahrer nicht für seine eigenen Schäden oder Verluste entschädigt werde. Ferner werde der schädli-

gende Fahrer auch nicht von den üblichen Verwaltungsstrafen entbunden.

Die *Fazhi Ribao* vom 21.8.03 widmet dieser Problematik einen fast ganzseitigen Artikel und diskutiert die Versicherung zwischen „Moral“ und „Gesetz“ sowie zwischen Gewinnstreben der Versicherungsgesellschaft und (unmöglicher) Vereinbarkeit mit dem Strafgesetz.

Ob sich diese Versicherungsart auf dem Markt etablieren wird und andere Versicherungsunternehmen nachziehen werden, bleibt abzuwarten. Nach westlichem Verständnis könnte sie sogar gegen die guten Sitten verstoßen und müsste hier vom Markt genommen werden.

Offiziellen Angaben zufolge gab es in China im Jahr 2002 insgesamt 1,073 Mio. Verkehrsunfälle unterschiedlichster Art mit 139.400 Toten (vgl. Deutschland i.J. 2002: 2,289 Mio. Verkehrsunfälle mit 6.842 Toten und 476.413 Verletzten, also gut doppelt so viele Verkehrsunfälle wie in China, zugleich deutlich weniger tödliche. Siehe dazu Statistisches Bundesamt Deutschland unter <http://www.destatis.de/basis/d/verk/verktab8.htm>, Zugriff am 6.10.03). (XNA, 21., 25.8., 5.9.03; FZRB, 21.8.03) -cb-

Außenwirtschaft

18 US-Industrieverband wirft China „unfaire Handelspraktiken“ vor

Die Vorwürfe US-amerikanischer Interessengruppen gegen Chinas „unfaire Handelspraktiken“ spitzten sich in den letzten Wochen weiter zu und mündeten in eine Klage des Industrieverbandes NAM (National Association of Manufacturers) bei den zuständigen US-Behörden. Ziel ist die Einleitung eines Verfahrens auf der Grundlage von Artikel 301 des US-Handelsgesetzes. (NZZ, 19.9.03) Diesem Gesetz aus dem Jahre 1974 zufolge können die USA Handelssanktionen gegen Länder verhängen, die US-Exporte behindern. Sollte die NAM-Klage erfolgreich sein, könnten Zölle gegen

über chinesischen Importen in Höhe von 27,5% erhoben werden. Dabei bezieht sich die amerikanische Seite auf den Artikel XXI der GATT-Vereinbarung von 1994, der aus US-Sicht „... allows a member of the World Trade Organisation to take any action which it considers necessary for the protection of its essential security interests. Protecting the United States manufacturing sector is essential to the interests of the United States.“ („Three Proposals Target China's Unfair Trade Practices“, William R. Hawkins, Senior Fellow for National Security Studies at the U.S. Business and Industry Council, in: http://www.tradealert.org/view_art.asp?Prod_ID=894, Zugriff am 13.10.03).

In „Nam's Pro-Manufacturing Agenda for 2003“ weist der Industrieverband darauf hin, dass neben geopolitischen Unsicherheiten und dem weltweiten Rückgang des Wachstums verschiedene sonstige Probleme existierten, die die Erholung der verarbeitenden Industrie in den USA behinderten. Würden diese von der US-Regierung richtig in Angriff genommen, dann könnte dadurch die Industrie belebt und ein robustes und dauerhaftes Wachstum sowie eine Ausweitung der Beschäftigung erreicht werden. Die NAM klagt in diesem Zusammenhang über unfaire Handelspraktiken, die Beschränkung von US-Exporten und die Manipulation des Wechselkurses, der nach Einschätzung von der NAM in China in einem Umfang von 40% unterbewertet ist: „American manufacturing is at a distinct disadvantage in global competition due to unfair trade practices, export constraints and artificially distorted currency values, such as in China where the currency is undervalued as much as 40 percent.“ Die NAM fordert deshalb von der US-Regierung, auf die Öffnung der Märkte zu drängen und China zu verpflichten, den Wechselkurs marktgerecht zu gestalten: „... Given the rising importance of China in world trade, the Bush Administration should seek a particular commitment from China to the market valuation of its currency“. (<http://www.portagecentral.com/madeinportage/nammfgagenda.htm>, Zugriff am 13.10.03)

Nach Angaben des NAM-Präsidenten Jerry Jasinowski beabsichtigt der Industrieverband zusammen mit der

Bush-Administration und dem Kongress eine „Koalition für die Zukunft der verarbeitenden Industrie“ zu bilden, um gleiche Marktbedingungen herzustellen, die Regulierungskosten in den USA zu beschränken und die Exporte zu fördern. Diese Koalition soll nach Vorstellung von der NAM aus Industrieverbänden, einzelnen Unternehmen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie „anyone else concerned about preserving and strengthening our world leadership in manufacturing“ bestehen. Die NAM begrüßte in diesem Zusammenhang auch die Ankündigung des Handelsministeriums, vier neue Abteilungen für die Verfolgung unfairer Handelspraktiken zu gründen. (News Alert, 03-239)

Die Bush-Administration hat 45 Tage Zeit, um die NAM-Eingabe zu überprüfen und darüber zu befinden, ob eine Untersuchung zugelassen wird. Sollte dies der Fall sein, könnte nach ergebnislosen Verhandlungen mit der chinesischen Seite eine Klage bei der WTO eingereicht werden. (NZZ, 19.9.03) Inwieweit die Bush-Regierung diese Initiative unterstützt, scheint noch nicht ganz klar zu sein. Zumindest der Präsident hatte Anfang September in einem CNBC-Interview ein deutliches Signal an China gesandt, als er auf die unfaire Behandlung der USA aufgrund staatlich kontrollierter Wechselkurse hinwies: „... that we expect our trading partners to treat our people fairly. And we don't think we are being treated fairly when a currency is controlled by the government. We believe the currency ought to be controlled by markets to reflect the true values of the respective economies“. (AWSJ, 4.9.03)

Das US-Handelsministerium scheint aber nicht unbedingt einen Konfrontationskurs gegenüber China verfolgen zu wollen. So dämpfte Don Evans, US-Handelsminister, Mitte September in einer Rede seine Kritik an China mit dem Hinweis auf das dortige robuste Wirtschaftswachstum, die steigenden Importe und die strategische Rolle des Landes im Krieg gegen den Terrorismus. (FT, 18.9.03)

Nach Einschätzung der ehemaligen US-Handelsbeauftragten Charlene Barshefsky sollte China die Öffnung des eigenen Marktes beschleunigen,

um die Spannungen über den zunehmenden Überschuss im Handel mit den USA abzubauen. Während die speziellen Zusagen für die Handelsöffnung und Zollsenkung erfüllt worden seien, gäbe es noch viel bürokratische Willkür, z.B. bei der Produktgenehmigung. Es müsse damit gerechnet werden, dass die Auseinandersetzungen aufgrund des chinesischen Überschusses von rd. 103 Mrd. US\$ im letzten Jahr, der Schwäche der US-Wirtschaft, dem Verlust von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie und der üblichen Rhetorik des Wahlkampfes im Jahr 2004 zunehmen werden. Sollte sich China nicht dem wachsenden Druck der USA beugen, die Bindung des Wechselkurses an den US-Dollar aufzulösen, dann müssten alternative Konzessionen gemacht werden: „Assuming China doesn't want to move off the peg at present, it's going to have to take some other action if in the longer run it wants to maintain a very positive trading relationship with the United States.“ (AWSJ, 17.9.03)

Schätzungen zufolge gingen in den letzten 37 Monaten rd. 16% bzw. 2,7 Mio. Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie der USA verloren. (IHT, 12.9.03) Vor allem die traditionellen Industriezweige wie die Textilindustrie und viele Bereiche der Haushalts-elektronik sind im Vergleich mit China nicht mehr konkurrenzfähig. (ASWJ, 10.9.03) In diesem Bereich sind auch viele US-Unternehmen aktiv, die in China investiert haben und dort hergestellte Produkte in die USA ausführen. Dass US-Unternehmen durchaus mit Erfolg in China aktiv sind, zeigt das „White Paper“ der American Chamber of Commerce China. So verzeichneten die US-Unternehmen in China im vergangenen Jahr die höchsten Gewinne seit den letzten vier Jahren. Von 254 befragten US-amerikanischen Unternehmen in China gaben 75% an, dass sie mit Gewinn arbeiteten, 10% sprachen von hohen Gewinnen. 44% der Unternehmen antworteten in der Befragung, dass ihre Einkommen im Jahre 2002 beträchtlich gestiegen seien. 42% berichteten, dass ihre Gewinnmargen in China höher als die weltweite Gewinnmarge seien. Allerdings kommt das „White Paper“ zu einer eher kritischen Einschätzung hinsichtlich der Umsetzung der

WTO-Auflagen durch China. Dies bezieht sich insbesondere auf Barrieren im Banken- und im Agrarsektor. Lediglich eines von fünf US-Unternehmen glaubt, dass China „willing, able and prepared to implement changes in the spirit of the WTO agreement“ sei. (AWSJ, 26.9.03)

Kritiker in den USA, die eine Schuldzuweisung Chinas und anderer asiatischer Länder am Rückgang der Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie der USA als Folge der Wechselkurspolitik ablehnen, sehen die wirtschaftliche Erholung Asiens bei einer protektionistischen Haltung der USA gefährdet. Außerdem bezweifeln sie, dass tatsächlich aufgrund der Ausweitung des internationalen Handels mit Verdrängung von US-Unternehmen Arbeitsplatzverluste verbunden waren. Eher seien die Freisetzen ein normales Zeichen einer reifer werdenden Wirtschaft, die immer weniger Stellen in der verarbeitenden Industrie, dafür aber umso mehr im Dienstleistungssektor bereitstellt. Auch könnten Entlassungen auf Produktivitätsfortschritte zurückgeführt werden, die nicht nur in Japan, sondern auch in den USA erfolgt seien. (AWSJ, 23.9.03)

Obwohl das Angebot von chinesischen Produkten, die u.a. von dorthin abgewanderten US-Unternehmen produziert werden, schnell zugenommen hat, dominieren nach Einschätzung von Experten mit rd. 70% amerikanische Produkte den US-amerikanischen Industriegütermarkt. Lediglich 20% seien Importe aus Japan und anderen westlichen Ländern und 10% Produkte aus Niedriglohnländern; China liefere mit weniger als einem Drittel davon bzw. einem Anteil von 3% weniger in die USA als Mexiko. Für US-Unternehmen, die in China investierten, stellten die niedrigen Lohnkosten einen starken Anreiz dar. Im Vergleich zu den Arbeitern in den USA betrage der Lohn der chinesischen Arbeiter lediglich 5%; das Gehalt für qualifizierte Ingenieure und Fabrikleiter mache nur 35% des Gehaltes der entsprechenden Fachkräfte in den USA aus. Durch den Einsatz von Maschinen sei die Produktivität in den USA gestiegen, ebenso wie die Kosten für Kapitalinvestitionen und technische Überwachungssysteme. (AWSJ, 16.9.03)

Obwohl zunächst keine offizielle Stellungnahme der chinesischen Regierung auf die Aktivitäten der NAM erfolgte, gab es verschiedene Reaktionen chinesischer Wirtschaftsexperten und Unternehmer. Li Dongsheng, Geschäftsführer von TCL, Chinas viertgrößtem Hersteller von Elektronikprodukten und einer der größten Exporteure dieser Produkte in die USA, bewertet diese Entwicklung beispielsweise sehr kritisch: „This is a clear case of American theatre. If they do [impose a tariff] it will actually not benefit the USA.“ Es sei nicht gerechtfertigt, China für die wirtschaftlichen Probleme der USA verantwortlich zu machen. Die meisten Produkte, die China in die USA exportiere, würden in den USA nicht mehr hergestellt. Die Komplementarität in den Beziehungen zwischen den USA und China sei größer als die Konkurrenz. Andere Kritiker in China vergleichen den Druck, den die USA derzeit auf China ausübe mit demjenigen gegenüber Japan Mitte der 80er Jahre. Dieser habe zu einer Aufwertung des Yen und einer Verschärfung der spekulativen Blase bei Vermögenswerten geführt, von der sich Japan nach dem Platzen der Spekulationsblase bis heute nicht wieder erholt habe. (FT, 11.9.03) -schü-

19 Unterschiedliche Positionen in der Diskussion um Yuan-Aufwertung

In der Diskussion über die Aufwertung des chinesischen Yuan spalten sich nach wie vor die Positionen der Experten und Politiker. In einem Beitrag in der *International Herald Tribune* vom 5.9.03 wird darauf verwiesen, dass der Yuan aufgrund der andauernden Überschüsse in der Handels- und Zahlungsbilanz deutlich gegenüber dem US-Dollar unterbewertet sei. Eine Aufwertung sei für China mit verschiedenen Vorteilen verbunden. So könne 1) dadurch das zu hohe Geldmengenwachstum eingedämmt werden, dass aus dem Zufluss externer Überschüsse resultiere; auch könne dann mit einer Rückkehr von inländischem Kapital gerechnet werden, dass im Ausland geparkt worden sei. Eine Aufwertung führe 2) dazu, dass die Export-Wertschöpfung steigt und damit die Reallöhne der chinesischen Arbeiter, die durch niedrigere Import-

preise Wohlfahrtszuwächse hätten. Allerdings wären die größten Verlierer die Unternehmen mit Auslandskapital, die in China produzierten und bereits rd. 50% aller Exporte bereitstellen. Zwar könnte ihr Gewinn dadurch zurückgehen, doch der negative Effekt sei nicht stark genug, um zu einer Verlagerung ihrer Produktionsstätten in andere Länder zu führen. Bei einer Aufwertung würden 3) die Ressentiments vieler Entwicklungsländer abgeschwächt werden, die ihre Märkte von chinesischen Produkten überschwemmt sehen.

Die meisten Wirtschaftsexperten, sowohl aus den USA als auch von internationalen Organisationen, waren dagegen vor den negativen Folgen einer Aufwertung und einer Freigabe der Wechselkurse. So argumentiert Bill Belchere, Chefökonom von JP Morgan Asia Pacific, dass der Druck der Aufwertung nur politisch und nicht wirtschaftlich rational begründet sei. Die USA habe bereits seit dem Zweiten Weltkrieg Industrien an ausländische Konkurrenten verloren, zunächst an Japan und dann an andere asiatische Länder. Die Aufwertung des Yuan würde die Produkte für die stark verschuldeten amerikanischen Konsumenten verteuern und der wirtschaftlichen Entwicklung und Integration Chinas in die globale Wirtschaft die Grundlage entziehen. Eine Aufwertung schade der chinesischen Wirtschaft nach Einschätzung von Belchere auch deshalb, weil die Leistungsbilanz lediglich 2,1% des BIP betrage und in den nächsten Jahren kaum mit einem Überschuss mehr gerechnet werden könne, da die Importe mit einem zweistelligen Wachstum stiegen. Eine Aufwertung mit der Folge billigerer Importe könnte außerdem die deflationäre Situation verschärfen und den Beschäftigungsdruck erhöhen. Nicht zuletzt würde das Bankensystem bei einer Aufwertung destabilisiert. Nach eigener Einschätzung von Belchere betrage das Volumen der nichteinbringlichen Kredite rd. 371 Mrd. US\$ bzw. 30% des BIP. Bei einem rückläufigen Exportwachstum würden die Banken voraussichtlich mehr Kredite an staatseigene Unternehmen verleihen, um das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten. Insgesamt würde eine Aufwertung die Ungleichgewichte in der chinesischen

Wirtschaft verstärken und das Wirtschaftswachstum behindern; hiervon gehe ein starkes soziales Konfliktpotenzial aus. (AWSJ, 18.9.03)

Das Argument, dass die Banken durch die Aufwertung noch stärker unter Druck geraten werden, steht auch im Zentrum der Bewertung durch die Hongkonger Kreditratingagenturen wie Standard and Poor's. Bei einer Aufwertung und Lockerung der Kontrollen über den Wechselkurs müsse damit gerechnet werden, dass die Ratingagenturen das Länderrisiko für China höher bewerten würden. Diese Position vertritt auch Wei Yen, Bankanalyst bei Moody's Investors Service. Aus seiner Sicht würden die Banken durch Liquidität der Einleger zusammengehalten, ein möglicher Vertrauensverlust könne dramatische Folgen haben: „Right now, the banks are held together by liquidity, by depositors. China's four main state-owned banks already rank among the most insolvent in the world, failing to collect interest and principal on nearly half their loans. The possibility of a Chinese banking crisis someday has been rising toward the top of the Western experts' lists of what could cause political instability in China, and the problem has been receiving top-level attention from China's leaders.“ (IHT, 16.9.03)

Aus Sicht vieler europäischer Länder sollten die asiatischen Länder die negativen Auswirkungen der Schwankungen des US-Dollarwechelkurses ebenfalls mit tragen. Aus diesem Grunde wurde in den letzten Wochen auch dafür plädiert, dass diese ihre Wechselkurse anpassen müssten. Auch Wim Duisenberg, Präsident der Europäischen Zentralbank, wies darauf hin, dass die Frage der Anbindung des Wechselkurses an den US-Dollar nicht allein China betreffe. „Virtually all East Asian countries, which are the growth pole of the world, have pegged their currencies to the dollar. The burden of adjustment falls primarily on the euro and Europe.“ (FT, 15.9.03) Welche Auswirkungen die Aufwertung der Wechselkurse bestimmter asiatischer Länder wie China und Japan für diese haben könnte, wurde jedoch nicht weiter diskutiert.

Horst Köhler, geschäftsführender Direktor des IWF, betonte Mitte Sep-

tember, dass von Seiten des IWF kein Druck auf eine Freigabe der chinesischen Wechselkurse ausgeübt werden wird: „I am not in favour of what I call a co-ordination or organisation of pressure ... where people feel it is a very short-term-oriented action.“ Die internationale Gemeinschaft, so Köhler, sollte Chinas Wunsch respektieren, nur schrittweise hin zu einem flexibleren Wechselkurssystem überzugehen und die Schwäche des chinesischen Bankensystems berücksichtigen. (FT, 13./14.9.03)

Auch Nobelpreisträger Joseph Stiglitz äußerte sich in der Diskussion um den chinesischen Wechselkurs. So schlug er vor, dass der Yuan an einen Währungskorb gebunden werden sollte, statt ihn frei floatieren zu lassen. Hiervon könne eine Destabilisierung der Weltwirtschaft ausgehen. Die ausschließliche Bindung an den US-Dollar macht nach Stiglitz nur Sinn, wenn China nur mit den USA Handel betreiben würde, sagte der frühere Chefökonom der Weltbank und heutiger Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Columbia Universität in New York. Die Bindung an den US-Dollar sei mit vielfältigen schwer zu begegnenden Volatilitäten verbunden, während bei einem Währungskorb diese besser gehandhabt werden könnten. (AWSJ, 18.9.03)

In einem Kommentar im *Asian Wall Street Journal* vom 12.9.03 kommen Morris Goldstein und Nicholas Lardy vom Institute for International Economics zu einer ähnlichen Empfehlung, allerdings gehen sie darüber hinaus von der Notwendigkeit einer Aufwertung aus. Die Autoren schlagen einen zweistufigen Liberalisierungsprozess vor. Zunächst sollte eine Aufwertung in einem Umfang von 15-25% erfolgen, eine Verbreiterung der Schwankungsbreite des Wechselkurses zwischen 5-7% (von weniger als derzeit 1%) sowie eine Bindung an einen Währungskorb mit drei Währungen, in dem der US-Dollar, der Euro und der Yen jeweils Anteile von einem Drittel aufweisen. Im zweiten Schritt sollte ein System des gelenkten Floatierens des Wechselkurses eingeführt werden. (AWSJ, 12.9.03) -schü-

20 EU-Kommission legt neues China-Strategiepapier vor

Mitte September 2003 legte die EU-Kommission ein Strategiepapier mit dem Titel „A maturing partnership – shared interests and challenges in EU-China relations“ dem Europäischen Rat und Parlament vor. Das rd. 30-seitige Strategiepapier soll am 13.10.03 von der EU verabschiedet werden. Ziel des Dokuments ist eine Aktualisierung der China-Strategie, die in den Dokumenten der Jahre 2001 und 1998 festgeschrieben wurde.

Im Strategiepapier aus dem Jahr 2003 werden konkrete Maßnahmen und Aktivitäten für die kommenden zwei bis drei Jahre beschrieben, die die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen unterstützen soll. So will die EU beispielsweise den politischen Dialog mit China vorantreiben, indem sie die existierenden Mechanismen besser fokussiert sowie globale und regionale Governance- und Sicherheitsaspekte stärker zusammenfasst.

Im Strategiepapier wird die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas sehr positiv beurteilt. Durch die schrittweise Öffnung habe China von den Vorteilen der Globalisierung profitieren können. Im Jahre 2002 sei China mit einem Volumen von 620,8 Mrd. US\$ zur fünfgrößten Handelsnation aufgestiegen. Parallel zum weltwirtschaftlichen Aufstieg vertieften sich die wirtschaftlichen Beziehungen der EU mit China. So wurde das Land im letzten Jahr mit einem Handelsvolumen von 115 Mrd. Euro zweitwichtigster Handelspartner der EU außerhalb der Gemeinschaft und überholte damit Japan. Allerdings erhöhte sich auch das Handelsdefizit der EU mit China, und zwar auf 47 Mrd. Euro im Jahre 2002. Die EU zählt zu den wichtigsten Investoren in China. Ende 2002 lag der Bestand der EU-Direktinvestitionen bei 34 Mrd. US\$ (nach chinesischen Angaben von MOFTEC/MOFCOM).

Um die auftretenden Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen mit China zu lösen, insbesondere Fragen der Einhaltung der WTO-Beitrittsauflagen, plant die EU, den bilateralen Konsultationsmechanismus zu verstärken. Das Strategiepapier hebt die bisherigen Erfolge in der Zusammenarbeit auf der Basis des EU-Dokuments von

2001 hervor, insbesondere im Bereich des Sektordialogs bei Fragen der Politik und Regulierung in Sektoren die mit der WTO im Zusammenhang stehen. Hierzu zählen der Dialog über die Regulierung industrieller Produkte, einschließlich Standardisierung. Die im September 2001 gebildete Arbeitsgruppe zur Telekommunikation wurde in eine Arbeitsgruppe zur Informationsgesellschaft umgewandelt. Im Umweltsektor wurde ebenfalls ein Politikdialog im September 2001 begonnen. Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe zur Energie wurde auf verschiedene Politikfelder ausgeweitet.

Auch die Kooperation im Bereich der Forschung, die im Rahmen des Abkommens über Wissenschaft und Technologie von 1999 begonnen wurde, wird als erfolgreich im Strategiepapier bezeichnet. Forschungsprojekte seit dem Jahre 2000 belaufen sich auf ein Gesamtbudget von 94 Mio. Euro. Wichtige bilaterale Vereinbarungen gab es auch im Bereich des Hochseetransportwesens mit Abschluss eines Abkommens im Dezember 2002 und im Tourismus. Verhandlungen über eine Zusammenarbeit bei der Satellitennavigation, und zwar im Kontext des europäischen Galileo-Programms, begannen im Mai 2003. Bereits im Februar 2003 wurde ein gemeinsames Zentrum für die Kooperation bei der Satellitennavigation in Beijing eröffnet.

Zu den neuen Aktionspunkten im Strategiepapier von 2003 gehören vor allem Fragen im Zusammenhang mit der WTO, dem Handel und mit Investitionen. Hierbei stehen der enge Dialog und eine Abstimmung im Vordergrund, die sich auf die neue Runde der multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO-Doha-Entwicklungsagenda beziehen. Die Zusammenarbeit soll auf alle Fragen dieser Agenda ausgedehnt werden, um China die Partizipation am WTO-Prozess zu erleichtern, ein gemeinsames Vorgehen in Bereichen, die die EU und China gleichzeitig betreffen, zu erreichen, und gemeinsam Brücken zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern zu bauen.

Weiterhin liegt ein Schwerpunkt der neuen Aktivitäten auf der Überwachung der Umsetzung von Chinas WTO-Zusagen, insbesondere durch

- Nutzung verfügbarer Quellen in der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten über stärkere Netzwerkbildung und der Informationsteilung zwischen den Missionen in Beijing sowie zwischen den EU-Vertretungen in den Mitgliedsländern, und
- Stärkung der Koordination und des Informationsaustausches zwischen der Industrie in der EU und Drittländern.
- Der Schwerpunkt soll nicht nur auf der Anpassung der chinesischen Gesetze und Vorschriften an WTO-Regeln liegen, sondern auch auf ihrer völligen und einheitlichen Implementation durch zentrale, regionale und lokale Behörden.
- Fortsetzung und Aktualisierung der Beiträge der EU zum jährlichen Überwachungsbericht der WTO (Transitional Review Mechanism), der eine Liste von EU-Prioritäten hinsichtlich der Implementation der WTO-Zusagen durch China darstellt.
- Unterstützung Chinas in der WTO-Implementation durch Seminare, Konferenzen, Ausbildung und Studien im Rahmen der relevanten Kooperationsprogramme.

Weiterhin sieht der neue Aktionsplan eine Stärkung des Dialogs mit der chinesischen Administration über die WTO-Implementation zu Fragen des bilateralen Handels und zu Investitionsfragen vor, um ein effektives Frühwarnsystem und Konfliktmanagement zu schaffen. Auch eine Untersuchung der regionalen Integrationsinitiativen wie ASEAN+1 sowie die Initiativen zur Schaffung bilateraler Freihandelszonen zwischen China und Drittländern ist vorgesehen, wobei die EU-Interessen berücksichtigt werden sollten und sichergestellt werden muss, dass die neuen Vereinbarungen den WTO-Regeln entsprechen. Vorgesehen ist außerdem ein Dialog um Fragen des geistigen Eigentumsrechts (intellectual property rights, IPR) mit relevanten Ministerien und IPR-Organisationen.

In den nächsten Jahren sollen auch die Präsenz der European Chamber of

Commerce in China ausgeweitet sowie Initiativen und bilaterale Dialoge der EU-Industrie und ihrer Verbände unterstützt werden. Die Zusammenarbeit im Bereich Sektorfragen soll ebenfalls gestärkt werden, insbesondere der Dialog in den Bereichen Informationsgesellschaft, Wettbewerbspolitik, Tourismus, in Umwelt- und Energiefragen sowie in Wissenschaft und Forschung. (http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/intro, Zugriff 13.10.03; Commission of the European Communities, Commission Policy Paper for Transmission to the Council and the European Parliament, „A maturing partnership – shared interests and challenges in EU-China relations“, Brussels, 10.9.03, Com (2003) 533 fin)

Auch die chinesische Seite hat ein eigenes Strategiepapier zu den Beziehungen mit der EU ausgearbeitet, das im Oktober 2003 vorgelegt werden wird. Über die Schwerpunkte dieses Dokuments wird in der nächsten Ausgabe von C.a. berichtet. -schü-

21 Chinas Positionen in der WTO-Doha-Verhandlungsrunde in Cancun

Im Vorfeld der neuen WTO-Verhandlungen hatte der chinesische Agrarminister Du Qinglin vor Pressevertretern Chinas Position zur Liberalisierung des Agrarhandels offen gelegt. Du wies darauf hin, dass ein wesentlicher Fortschritt bei den Verhandlungen nur gemacht werden könne, wenn die Prinzipien des fairen Wettbewerbs eingehalten und den Entwicklungsländern spezielle Bedingungen eingeräumt werden.

China versucht seine Interessen an einem „fairen Agrarhandel“ im Rahmen der informellen Gruppe von 21 Entwicklungsländern, die von den größten Entwicklungsländern Brasilien, Indien und China (von der Xinhua-Nachrichtenagentur in dieser Reihenfolge genannt) angeführt wird, zu realisieren. Die Gruppe der 21 Entwicklungsländer wurde in Genf während der Vorbereitungen auf die Cancun-Konferenz gebildet. Sie fasste ihre Positionen in einem gemeinsamen Vorschlag zusammen. Im Zentrum dieses Vorschlags steht die Forderung nach Abbau von Agrarsubventionen

in den Industrieländern und stärkere Öffnung der Agrarmärkte dieser Länder für Produkte aus Entwicklungsländern. (XNA, 10., 11.9.03)

Agrarsubventionen der OECD betragen jährlich 249 Mrd. US\$. Die US-Regierung vergibt allein 3 Mrd. US\$ an die Baumwollproduzenten in den USA, das Dreifache der Entwicklungshilfefzahlungen an Afrika. Die Höhe der japanischen Subventionen an die Agrarbauern soll sich auf das Neunfache der Produktionskosten belaufen. EU-Subventionen für Zucker, Weizen und Milchprodukte umfassen ein Volumen von rd. 100 Mrd. US\$. (HB, 8.9.03)

Aus Sicht des chinesischen Wissenschaftlers Zhao Yutian vom Forschungszentrum für die ländliche Wirtschaft in Beijing verzerrten die EU-Subventionen für Zucker die internationalen Preise und schädeten chinesischen Bauern, die zuckerhaltige Agrarprodukte anbauen. In der Provinz Guangxi beispielsweise, die zu den ärmsten Provinzen Chinas zählt, sei der Zuckerpreis seit Chinas WTO-Beitritt um 35% gesunken. (XNA, 12.9.03)

Weiterhin hat sich China bei den Cancun-Verhandlungen einer Gruppe von 16 Entwicklungsländern angeschlossen, die ihre Bedenken über den Einfluss multilateraler Regeln zu Fragen von Investitionen, Wettbewerb, Transparenz bei der Vergabe von Regierungsaufträgen und Handelserleichterungen auf ihre nationale Politikgestaltung zum Ausdruck brachten. Die 16 Entwicklungsländer wiesen in einer Erklärung auch darauf hin, dass viele Entwicklungsländer nicht die erforderlichen Kapazitäten hätten, um die mit der Übernahme von WTO-Regeln verbundenen Verpflichtungen umzusetzen. Weiterhin meldeten sie Bedenken an, ob der WTO-Rahmen geeignet für die Behandlung dieser neuen Aspekte sei. Zu den 16 Ländern zählen Bangladesch (in Vertretung der am wenigsten entwickelten Länder), China, Kuba, Ägypten, Indien, Jamaika (in Vertretung der karibischen Länder), Kenia, Malaysia, Nigeria, die Philippinen, Tansania, Venezuela, Sambia und Zimbabwe. (XNA, 12.9.03)

Nach dem Scheitern der Cancun-Konferenz bedauerte Lu Fuyuan, Chinas

Handelsminister und Leiter der chinesischen Delegation in Cancun, zwar diese Entwicklung, gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, dass China bereit sei, mit anderen WTO-Mitgliedsstaaten an der Fortsetzung der Doha-Verhandlungsrunde mitzuarbeiten. (BBC EF, 16.9.03)

Obwohl sich die chinesische Delegation bei einigen Positionen verschiedenen Interessengruppen von Entwicklungsländern angeschlossen hat, wird auch stets das grundsätzliche Ziel eines liberalen Handels betont. Als fünftgrößte Handelsnation ist China ebenso wie die westlichen Industrieländer auf die weitere Öffnung der Märkte angewiesen, kann aber nicht wie diese, die eigene Landwirtschaft ebenso stark subventionieren. Agrarprodukte machen zwar lediglich 5% des Gesamthandels aus, doch setzt China auch auf die Expansion des Agrarhandels. Der chinesische Export von Agrarprodukten stieg im letzten Jahr um 13% auf 18,14 Mrd. US\$, die Agrarimporte nahmen dagegen lediglich um 5% auf 12,4 Mrd. US\$ zu. Diese Entwicklung stieß auf heftige Kritik der Agrarproduzenten in den USA, die über Importrestriktionen klagen. (AWSJ, 15.9.03) -schü-

Binnenwirtschaft

22 Optimistische Wachstumsprognose bis zum Jahresende

Anfang September veröffentlichte das Staatliche Informationszentrum einen Bericht zur konjunkturellen Entwicklung für die zweite Jahreshälfte 2003. Der Bericht geht auf verschiedene inländische und internationale Faktoren ein, die sich günstig auf ein erwartetes Wachstum von rd. 8% in diesem Zeitraum auswirken würden. Das Ende des Irak-Krieges habe das Vertrauen der Investoren und Konsumenten weltweit wiederhergestellt, sodass die Chancen für eine Erholung der weltwirtschaftlichen Entwicklung gegeben seien. Die Verbesserung des internationalen Klimas wirke sich dem Bericht nach auch positiv auf die chinesische Wirtschaftsentwicklung aus,

wenn auch nur in beschränktem Maße. Zu den positiven inländischen Einflussfaktoren zählte das Staatliche Informationszentrum das Wachstum der Schlüsselindustrien, das durch steigende Nachfrage und höhere Investitionen ausgelöst wurde. Für die zweite Jahreshälfte wird von folgenden Entwicklungen ausgegangen (XNA, 3.9.03):

1. Nach Überwindung der SARS-Krise wird sich die inländische Konsumnachfrage erholen, jedoch unterhalb des Vorjahreswachstums bleiben. Aufgrund von SARS war die Einkommenszunahme sowohl der Städter als auch der ländlichen Bevölkerung zurückgegangen. Für das Gesamtjahr 2003 wird von einer Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes um 8,1% ausgegangen, 0,7 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2002.
2. Für das zweite Halbjahr wird ein leichter Rückgang der Investitionen erwartet, obwohl ein höheres Wachstum für das Gesamtjahr im Vergleich zum Vorjahr angenommen wird. Bei einem Zuwachs der Investitionen um 23% wären dies 5,5% mehr als im Vorjahr.
3. Es wird für die zweite Jahreshälfte mit einer Verlangsamung des Exportwachstums und mit einer insgesamt geringeren Zunahme der Ausfuhren für das Gesamtjahr gerechnet. Bei einem erwarteten Wachstum der Exporte von 20% und der Importe von 27% könnte der Handelsbilanzüberschuss um die Hälfte auf rd. 15 Mrd. US\$ sinken.
4. Die Elektrizitätsproduktion wird das Wachstum der Industrie in einem Tempo von 11-13% unterstützen; für das zweite Halbjahr wird ein Wachstum von 13,5% erwartet.

Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) vertritt in der letzten Ausgabe des *World Economic Outlook* eine optimistische Wachstumsprognose. Der Bericht geht davon aus, dass sich die chinesische Wirtschaft nach dem SARS-Schock erholen wird. Allerdings revidierte der IWF seine Wachstumsprognose nicht nach oben, sondern bleibt bei der Vorhersage, dass sich Chinas BIP sowohl im Jahre 2003 als auch im Jahre 2004 um jeweils 7,5% erhöhen wird. (AWSJ, 18.9.03)

Eine höhere Wachstumsprognose vertritt jedoch das Investmenthaus Goldman Sachs. Aufgrund der verbesserten externen und internen Rahmenbedingungen sagt Goldman Sachs für das Jahr 2003 eine Wachstumsrate des BIP von 8,1% (zuvor lag die Prognose bei 7%) und für das Jahr 2004 von 8,4% (zuvor 7,5%) voraus. Im Gegensatz zu anderen Analysten warnt Goldman Sachs nicht vor einer Überhitzung der Wirtschaft. Es werde nur mit vorsichtigen Dämpfungsmaßnahmen gerechnet werden müssen, da sich die Teuerungsrate nahe null bewege und viele Verbraucherpreise weiterhin fielen. (NfA, 22.9.03)

Im August waren die Verbraucherpreise um 0,9% gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres gestiegen, die Zunahme hatte im Juli 0,5% und im Juni 0,3% betragen. Im Zeitraum Januar bis August d.J. lag die Teuerungsrate bei 0,6%. Der Anstieg der Verbraucherpreise steht nach Einschätzung von Ma Jun, Ökonom bei der Deutschen Bank, in einem engen Zusammenhang mit dem Geldmengenwachstum und der Erhöhung der Produzentenpreise. Die Geldmenge M2 nahm im August um 22% zu. Dies war der achte Monat, in dem das Geldmengenwachstum über die von der Zentralbank festgelegte Obergrenze von 18% gestiegen ist. (AWSJ, 15.9.03) -schü-

23 Verschärfung der Bestimmungen für Aktienemissionen

Im September kündigte die Wertpapieraufsichtsbehörde an, dass die Bestimmungen über die Erstausgabe von Aktien verschärft werden. Die in den staatlichen Medien veröffentlichten Bestimmungen schließen solche Unternehmen von der Begebung von Aktien an der Wertpapierbörse aus, die kurz vor dem Emissionsantrag umstrukturiert wurden. Die Unternehmen müssen als Kapitalgesellschaft mindestens drei Jahre vorher bestanden haben. Ausnahmen werden vom Staatsrat für einzelne neu umstrukturierte staatseigene Unternehmen genehmigt werden müssen. Diese Anforderung wird ab Anfang nächsten Jahres gelten.

Darüber hinaus legte die Regulierungsbehörde fest, dass das Volumen